NIEDERSCHRIFT BezA/017/2012

über die Sitzung des **Bezirksausschusses der Stadt Billerbeck** am 05.12.2012 in der **Gaststätte Thumanns Mühle, Temming 34**.

Vorsitzender:

Herr Werner Wiesmann

Ausschussmitglieder:

Herr Bernhard Faltmann
Herr Bernd Kösters
Herr Thomas Schulze Temming
Frau Maggie Rawe

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Theo Schulze Brock
Herr Franz-Josef Schulze Thier
Frau Birgit Schulze Wierling
Frau Maria Schlieker

Entschuldigt fehlen:

Herr Helmut Knüwer
Herr Werner Schulze Esking

Von der Verwaltung:

Frau Michaela Besecke	
Herr Rainer Hein	bis einschl. TOP 3.
Herr Peter Melzner	bis einschl. TOP 3.
Herr Gerd Mollenhauer	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Herr Wiesmann stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Rawe stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 4. „Entwicklung eines Windparks an der Steinfurter Aa; hier: Ergebnis der Anliegerbefragung“ in 2 Tagesordnungspunkte (wie Beschlussvorschlag) zu gliedern.
Dem Antrag wird **einstimmig** zugestimmt.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Billerbeck (2011-2017); Bürgerantrag gem. § 24 Gemeindeordnung NRW der Nachbarschaft Gantweg vom 28.08.2012

Herr Hein teilt mit, dass lt. Auskunft von heute Morgen die Stellungnahme des Ministers zwar erstellt sei, sie aber zur Mitunterzeichnung beim Staatssekretär liege.

Frau Rawe ist der Meinung, dass eine Abstimmung dann heute keinen Sinn mache.

Herr Hein stellt klar, dass eine erneute Beratung im Bezirksausschuss nicht möglich sei, da in der kommenden Ratssitzung eine Entscheidung benötigt werde. In der Ratssitzung stehe auch die Vergabe zur Erschließung des Industriegebietes Hamern an und nach der Vergabe wäre er gezwungen, einen Förderantrag zu stellen. Dafür benötige er ein abgestimmtes ABK. Wenn er kein abgestimmtes ABK habe, könne er auch keinen Auftrag erteilen. Insofern würde der Stadt ein direkter Schaden entstehen.

Herr Wiesmann hält dem entgegen, dass ein Antrag doch gestellt werden könne, man wisse doch im Voraus nicht, wie die Bezirksregierung entscheide.

Herr Hein weist darauf hin, dass ein Förderantrag ohne ein abgestimmtes ABK sinnlos wäre.

Herr Schulze Brock weist darauf hin, dass eine Abstimmung ja bedeute, dass die Parteien mitreden können.

Herr Hein entgegnet, dass hier keine Möglichkeit bestehe, mitzureden. Die Bezirksregierung habe ihre Forderung schriftlich dargelegt, wenn dieser nicht gefolgt werde, sei das ABK nicht abgestimmt.

Frau Rawe stellt fest, dass hinreichend über das Thema diskutiert wurde. Die letzte Entscheidung treffe sowieso der Rat. Jetzt müsse geklärt werden, ob heute abgestimmt werde oder die Entscheidung bis zur Ratssitzung verschoben wird.

Herr Faltmann stellt ebenfalls fest, dass die Argumente ausgetauscht seien. Die Antwort des Ministers müsse abgewartet werden. Eine heutige Abstimmung bringe nichts.

Herr Schulze Temming schlägt vor, evtl. nachzuberaten. Einen Ratsbeschluss könne man auch wieder aufheben und anders beschließen.

Herr Hein weist darauf hin, dass die Maßnahmen nach einem positiven Beschluss im ABK verankert seien. Wenn der Forderung der Bezirksregierung nicht gefolgt würde, würde das wiederum zu einer Beanstandung führen. Das würde also nichts nützen.

Schließlich wird die Beschlussfassung **einstimmig** auf die Ratssitzung verschoben.

2. Grundlagen für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2013; hier: Erlass einer Hebesatzsatzung

Nach kurzer Erläuterung durch Herrn Melzner fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Dem Erlass einer Hebesatzsatzung mit unveränderten Realsteuerhebesätzen wird zugestimmt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Festsetzung der Umlagebeiträge für die Wasser- und Bodenverbände in der Stadt Billerbeck; hier: Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Beiträge (Umlagen) der Wasser- und Bodenverbände

Der Ausschuss schließt sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Umlagebeiträge für die Wasser- und Bodenverbände in der Stadt Billerbeck werden für 2013 je Hektar wie folgt festgesetzt:

Steinfurter Aa	12,25 EUR
Steinfurter Aa und Grienbach	3,66 EUR
Obere Berkel	5,47 EUR
Mittlere Berkel	7,12 EUR
Münstersche Aa (Oberlauf)	11,14 EUR
Obere Stever	11,27 EUR

Die 35. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Beiträgen (Umlagen) der Wasser- und Bodenverbände wird in der vorliegenden Fassung (Anlage) beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Entwicklung eines Windparks an der Steinfurter Aa hier: Ergebnis der Anliegerbefragung

Frau Schlieker erklärt sich für befangen. Sie begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Frau Besecke berichtet zum aktuellen Stand in den Nachbarkommunen, dass in Rosendahl noch auf Artenschutzgutachten auch für den Bereich Höpingen gewartet werde. Havixbeck sei dabei, die drei potenziell geeig-

neten Flächen genau zu betrachten. Neuere Erkenntnisse würden im Februar erwartet. In Laer gebe es keine neuen Erkenntnisse, es würden derzeit noch fachplanerisch realistische Suchräume ermittelt. In Altenberge sei vor kurzem die Potentialanalyse vorgestellt worden. Diese sehe keine Erweiterung in ST 27 vor.
Dann erläutert Frau Besecke die Ausführungen in der Sitzungsvorlage. Nachträglich hätten sich noch 2 Anlieger telefonisch gemeldet, die den Abgabetermin verpasst hätten. An den Aussagen zu den einzelnen Windkraftanlagen änderten diese beiden Meinungen aber nichts, weil beide im Bereich der Windkraftanlage 1 wohnten. Beide hätten sich positiv geäußert.

Herr Kösters erkundigt sich, ob es auch als Windfeld gelte, wenn angrenzend an das benachbarte Windfeld Altenberge auf Billerbecker Gebiet nur eine Windkraftanlage stehen würde.

Normalerweise werde gesagt, dass mindestens drei Anlagen Platz finden sollen, damit von einer Konzentration von Anlagen gesprochen werden könne, so Frau Besecke. Dabei spiele es aber keine Rolle ob es sich dabei um eine gemeindeübergreifende Fläche handele.

Herr Kösters sieht die Windkraftanlagen 2 und 3 als problematisch an. Die Anlieger wollten diese nicht.

Frau Rawe begrüßt die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise, regt aber an, bei den zu führenden Gesprächen auch die Betroffenen aus den Nachbargemeinden zu berücksichtigen, zumindest diejenigen, die sich gemeldet hätten. Ein Teil der Nachbarschaften gehe über die Gemeindegrenzen hinaus und es wäre ungünstig, wenn mit einem Nachbarn gesprochen werde, mit dem anderen aber nicht.

Frau Besecke weist darauf hin, dass sie den Kreis eigentlich klein halten und nur Billerbecker einbeziehen wolle. Evtl. könnten aber auch die im näheren Umfeld wohnenden Bürger einbezogen werden.

Der Ausschuss fasst schließlich folgenden

Beschlussvorschlag für den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss als Beschlussvorschlag für den Rat:
Die Verwaltung wird beauftragt, an dem Konzept zur Entwicklung eines Windparks an der Steinfurter Aa weiterzuarbeiten. Neben dem Standort 1 ist zu prüfen, ob weitere Standorte möglich sind. Dazu werden die betroffenen Belange (z. B. Nachbarschutz, benachbarte Windkraftanlagen, Überschwemmungsgebiet) auch mit den Fachbehörden möglichst umfassend vorgeprüft und die Ergebnisse mit den Betroffenen und den Initiatoren erörtert.

Stimmabgabe: 6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

5. Inhaltliche und finanzielle Beteiligung der Stadt an dem Windpark

Steinfurter Aa

Frau Rawe erklärt, dass sie eine Beteiligung der Stadt Billerbeck begrüßen würde. Hinzu komme, dass sich die Stadt auf dem Weg zu einer Energie autarken Kommune befinde. Deshalb wäre es gut, in diesem Sinne ein Zeichen zu setzen.

Herr Kösters kann sich eine Beteiligung vorstellen, allerdings nur, wenn die Stadt hierfür kein Geld in die Hand nehmen müsse.

Frau Schlieker befürwortet eine Beteiligung der Stadt. Es wäre doch ein logischer Schritt, wenn auch die Stadt an einem Bürgerwindpark beteiligt wäre.

Frau Rawe macht deutlich, dass sie eine finanzielle Beteiligung der Stadt nicht grundsätzlich ausschließen wolle. Sie wolle wissen, was das kostet und welche anderen Möglichkeiten bestehen. Dann könne hierüber entschieden werden.

Nachdem Herr Wiesmann anmerkt, dass man heute noch nicht so weit sei, fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss als Beschlussvorschlag für den Rat:
Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie sich die Stadt Billerbeck an dem Windpark inhaltlich und finanziell konkret beteiligen kann.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Mitteilungen

6.1. Aufstellen eines Verkehrsspiegels in Westhellen-Gerleve - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer bezieht sich auf eine Anfrage des Herrn Wiesmann in der Sitzung des Bezirksausschusses vom 14. Juni 2012 bzgl. des Aufstellen eines Verkehrsspiegels in Westhellen-Gerleve. Herr Mollenhauer führt aus, dass das Thema in der letzten Verkehrsschau besprochen wurde. Die Kommission sei zu dem Ergebnis gelangt, dass dort kein Verkehrsspiegel aufgestellt werden soll. Im kommenden Frühjahr finde die nächste Verkehrsschau statt, dann solle der Spiegel noch einmal angesprochen werden.

6.2. Markierungen auf der L 506 - Herr Mollenhauer

Zur Nachfrage von Herrn Kösters teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Markierungen inzwischen aufgebracht wurden.

7. Anfragen

7.1. Radweg hinter Zumbusch bis Altenberge - Herr Kösters

Herr Kösters weist darauf hin, dass der Radweg hinter Zumbusch bis Altenberge sehr verdreckt sei und einige Poller verrottet seien bzw. fehlten.

Herr Mollenhauer bittet um Nachsicht, dass aufgrund der schweren Erkrankung eines Mitarbeiters nicht alles sofort erledigt werden könne. Mitarbeiter des Bauhofes seien vor Ort gewesen, hätten aber nichts machen können, weil der Boden zu sehr aufgeweicht war. Wenn die Witterung es zulasse und der Boden abgetrocknet sei, werde Abhilfe geschaffen.

7.2. Auflösung des Interessentenvermögens - Herr Faltmann

Herr Faltmann fragt nach dem Sachstand.

Herr Mollenhauer berichtet, dass sich viele Anlieger gemeldet hätten. Offensichtlich müsse noch Aufklärungsarbeit geleistet werden. Deshalb wäre eine Beratung heute auch verfrüht gewesen. Er könne sich eine Information der Anlieger in der Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins vorstellen.

Werner Wiesmann Ausschussvorsitzender	Birgit Freickmann Schriftführerin